Positionen der KLJB Bayern und Stellungnahmen einiger Bundestagskandidatinnen und –kandidaten dazu

Position der KLJB Bayern

1. Förderung erneuerbarer Energien – Zukunftsfähige Energiepolitik

Seit Jahren engagieren wir uns aktiv für eine nachhaltige Energiepolitik – einerseits durch einen sparsameren Umgang mit Energie, andererseits durch einen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen.
Um letztgenanntes Ziel voran zu bringen, fordern wir vom Staat eine uneingeschränkte weitere Förderung erneuerbarer Energien. Diese muss – in ihrer ganzen Breite – mindestens im derzeit bestehenden Umfang fortgesetzt werden. Gerade im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume ist ein verstärkter Ausbau der Energiegewinnung aus Biomasse noch weiter zu forcieren.
Eine Rückkehr zur Atomenergie lehnt unser Verband klar und deutlich ab.

Hans-Josef Fell, MdB, Bündnis/90 Die Grünen, Forschungs- und technologiepolitischer Sprecher und Energieexperte

„...Das EGG trägt entscheidend dazu bei, dass der Umstieg auf Erneuerbare Energiequellen vorangetrieben wird und so eine Energieversorgung auch in Zukunft gewährleistet werden kann. Wie Ihr richtig bemerkt, ist ein Ausbau der Energiegewinnung aus Erneuerbaren Energieträgern absolut wichtig. Eine Beibehaltung des von mir geschriebenen EEG ist dazu natürlich unabdingbar. Ein Ausstieg aus dem Atomausstieg wie ihn Union und FDP planen, wäre daher der komplett falsche Weg, den es zu verhindern gilt. Und auch der Weg „weg vom Öl“ muss weiter beschritten werden. ...Die Alternativen heißen Biokraftstoffe und Nullemissionsautos. Die ersten politischen Weichenstellungen dazu habe ich bereits geschaffen und in meinem Privatleben habe ich dies alles schon lange verwirklicht. ...“

Dr. Max Stadler, MdB, FDP, im Namen der Fraktion

„Die FDP fordert ein energiepolitisches Gesamtkonzept, das sowohl umwelt- und Sozialverträglichkeit als auch Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit gewährleistet. Aus Sicht der FDP können diese Ziele derzeit nur durch einen Energiemix aus fossilen Brennstoffen, Erneuerbaren Energien und Kernenergien erreicht werden. Der Abschied von der Kernenergie ist insbesondere mit Blick auf den Klimaschutz falsch. Auch über die Laufzeiten bestehender Kernkraftwerke ist allein nach den Erfordernissen der Sicherheit, des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit zu entscheiden. Die FDP will die Nutzung Erneuerbarer Energien weiter vorantreiben, weil es sich um Zukunftstechnologien für eine nachhaltige Energieversorgung handelt. Ziel ist ein ausgewogener Energiemix, der Versorgungssicherheit und Kostenminimierung gewährleistet und zugleich einseitige regionale Abhängigkeiten bei der Energieversorgung vermeidet. Dabei ist die Förderung Erneuerbarer Energien auch klimapolitischen Anforderungen verpflichtet. Energie- und Klimapolitik müssen deshalb konsistent und sachgerecht verknüpft werden. Allerdings kann das derzeitige „Gesetz für den Vorrang Erneuerbarer Energien“ (EEG) nach unserer Auffassung wegen erheblicher konzeptioneller Schwächen nicht als sinnvoller Weg zur Erreichung dieses Ziel bezeichnet werden.“

Jerzy Montag, MdB, rechtspolitischer Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen

„... Unser Ziel ist es, den Anteil Erneuerbarer Energien am Gesamtenergiebedarf (Strom, Wärme, Treibstoffe) bis 2020 auf 25% weiter zu erhöhen. Dafür werden wir im Strombereich den erfolgreichen EEG festhalten. Für den Wärmebereich wollen wir eine neue, gesetzliche Regelung für die regenerative Wärmeerzeugung schaffen. Wir werden keiner Laufzeitverlängerung von AKW zustimmen. Wir Bündnisgrünen haben den Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt. Daran halten wir fest. Wir wollen in der nächsten Wahlperiode vier weitere AKW vom Netz nehmen und bis 2020 das Kapitel Atomenergie entgültig beenden. ... Denn der Bereich Erneuerbare Energien schafft mit derzeit über 130.000 Beschäftigten deutlich mehr Arbeitsplätze in Deutschland, als Atomkraft und Kohle zusammen. Deutschland ist mit seiner Spitzentechnologie mittlerweile auch sehr erfolgreich im Export geworden. Und dies ist erst der Anfang – etwa 400.000 Arbeitsplätze gerade in ländlichen Regionen werden bis 2020 möglich sein, wenn wir die Dynamik hier beibehalten oder steigern können.“

Maria Eichhorn, MdB, CDU/CSU

„...Ohne Kernenergie ist eine globale Lösung der CO2-Problematik derzeit undenkbar. Mit Wind- und Solarenergie allein sind der drastisch steigende Energiebedarf und die weltweiten Klimaschutzziele

nicht in Einklang zu bringen. Wir brauchen daher die Kernkraft auch in Deutschland und stellen die Weichen für eine geordnete Entsorgung. Die Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke wird sich ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage orientieren. Der Bau neuer Kernkraftwerke ist nicht geplant. ..."

Angelika Graf, MdB, SPD
„... Der weltweite Markt für die Technik der erneuerbaren Energie wächst rasant und Deutschland ist mittlerweile sowohl bei Windkraft- als auch Solaranlagen Exportweltmeister. Sogar China hat unser „Erneuerbares-Energiengen-Gesetz" kopiert" Speziell im Bereich der Biomasse profitieren auch die deutschen Landwirte und die Holzwirtschaft durch ein zusätzliches Einkommen. Die SPD will deswegen im Gegensatz zu CDU und CSU weiter in die erneuerbare Energie investieren, denn das ist eine Investition in die Zukunft – sowohl wirtschaftlich als auch unweltpolitisch betrachtet. ..."

Claudia Roth, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
„Alle ihre Anliegen habe und werde ich auch in Zukunft vertreten. Sie decken sich zum großen Teil mit den Anliegen, für die wir uns derzeit verstärkt einsetzen. Die ökologische Erneuerung in Deutschland, welche sowohl die erneuerbaren Energien, wie auch eine zukunftsfähige Agrarpolitik ohne Einsatz von gentechnisch veränderten Produkten einschließt ist und bleibt unser vordringlichstes Anliegen."

Josef Göppel, MdB, Abgeordneter für den Wahlkreis Ansbach, Weißenburg und Gunzenhausen, CSU
„... Ich finde die CSU geht in ihrem Umweltprogramm einen vernünftigen Kompromiss zur Kernenergienutzung ein. Wir sagen: Kernenergie braucht man nur so lange es noch nichts Besseres gibt. Die Entwicklung von Alternativen braucht Zeit. Die sollten wir uns nehmen. Wir sollten aber auch nicht ideologiehaft an der Kernenergie festhalten. ...
Meine Ziele:

- Die Weltmärkte durch eine Exportinitiative für erneuerbare Energien besser erschließen
- Bioenergienutzung auch für die Wärmeerzeugung stärker vorantreiben
- Den Ausbau der erneuerbaren Energien für die Grundlastversorgung fortführen"

Johannes Singhammer, MdB, Wahlkreis München-Nord, CDU/CSU
„Ich möchte mich einsetzen für erneuerbare Energien mit dem Zielanteil am deutschen Stromverbrauch von 12,5%. Dazu brauchen wir auch eine offene Energieforschung, die nichts ausklammert. Ebenso notwendig sind Schwerpunktsetzungen bei sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. Selbstverständlich bin ich für eine Verlängerung der Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke. Ich verstehe nicht, warum die Landesstelle der Katholischen Landjugend Bayern die Verlängerung der Betriebszeiten (nicht den Neubau) von Kernkraftwerken nicht offensiv unterstützt."

Stadträtin Brigitte Meier, SPD
„Die SPD hat mit ihrer Politik in den letzten Jahren deutlich gemacht, dass die Zukunft in den erneuerbaren Energien liegt, vor allem mit der Einleitung des Atomausstiegs von dem von uns aufgelegten 100.000-Dächer Programm, mit dem regenerative Energien direkt unterstützt wurden. Diese Politik muss auch angesichts neu aufkommender Proteste aus den Reihen der Kernenergie-Betreiber weitergeführt werden."

Alois Karl, Oberbürgermeister Neumarkt, CSU
„... Die Stärkung der Erneuerbaren Energien ist mir ein besonderes Anliegen. Deshalb halte ich die Pläne der rot-grünen Bundesregierung, künftig auch für Biodiesel (RME) eine Art „Mineralölsteuer" erheben zu wollen und so die RME-Umstiegsanreize für die Autofahrer zu senken für falsch. Gerde die Energieerzeugung aus Biomasse stellt einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der ländlichen Räume dar. ... Da wir zugleich für unsere Wirtschaft und Bürger bezahlbare Strompreise brauchen, sehe ich die Notwendigkeit die Förderung für erneuerbare Energien möglichst effizient einzusetzen und falsche volkswirtschaftliche Anreize zu korrigieren...."

Ursula Sowa, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen
„Wir wollen die Förderungen der Erneuerbaren Energien nicht nur im derzeitigen Umfang fortsetzen, sondern mittels neuer Instrumente erhöhen. Unser Ziel ist es, im Jahr 2020 25% des Gesamtenergiebedarfs durch Erneuerbare Energien zu decken. Wir halten am Atomausstieg fest. ...“

Dirk Ottmann, CDU
„... Die Abhängigkeiten und Risiken durch Rohstoffimporte müssen deshalb verringert, die Effizienz vor allem im fossilen Kraftwerkbereich weiter geseigert, Anstrengungen zur Energieeinsparungen verstärkt sowie die Entwicklung neuer Technologien und der globale Einsatz regenerativer Energien weiter vorangetrieben werden. Durch einen ausgewogenen Mix der Energieträger will die Union der zunehmenden Importabhängigkeit entgegenwirken. ... Wir werden aber die zum Teil exorbitante Subventionierung reduzieren, in dem das Erneuerbare-Energie-Gesetz durch eine Anschlussregelung ersetzt wird. Dabei werden wir eine Verzahnung mit anderen Instrumenten, wie dem Emissionshandel und der Ökosteuer im Rahmen eines langfristigen, in sich geschlossenen energiepolitischen Konzepts verfolgen. Bei einer gesetzlichen Neuregelung wird ein Vertrauensschutz für bestehende Anlagen eingeräumt.“

Peter Falk, Bundestagskandidat, SPD
„Aus meiner Sicht muss auf alle Fälle am Atomausstieg festgehalten werden. Darüber hinaus müssen wir den Anteil erneuerbarer Energien und auch der Solarenergie an der Versorgung auf 20% steigern und gleichzeitig erheblich in Wärmedämmung und Energieeinsparung investieren....“

Dr. Bärbel Kofler, MdB, SPD
„... Ein wichtiger Baustein für die Energieversorgung der Zukunft sind dabei die Erneuerbaren Energien. In diesem Zusammenhang stehen die Ziele, den Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung im Jahr 2010 auf ca. 12,5 Prozent und im Jahr 2020 auf rund 20 Prozent zu steigern. ... Gern hat Franz Müntefering als Vorsitzender der SPD das „global village“ der katholischen Landjugend im Rahmen des Weltjugendtages besucht. Natürlich „lebt“ die Wende hin zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung – nicht nur national, sondern auch international als wichtiger Bestandteil zu Frieden und Gerechtigkeit in unserer einen Welt – auch von der Unterstützung durch solche Aktionen. Wir als SPD sind uns bewusst, dass wir die Menschen für diesen Weg gewinnen müssen. Für Beteiligung und Unterstützung auf diesem Weg sind wir dankbar.“

Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
„... Mit dem Erneuerbaren Energien Gesetz (EEG) haben wir das weltweit effektivste Förderinstrument für regenerative Stromerzeugung geschaffen. Mit diesem Gesetz und weiteren Förderinstrumenten hat Deutschland eine internationale Spitzenstellung bei den Technologien der regenerativen Stromerzeugung errungen. Wir haben die erneuerbaren Energien aus einer Nische in die Breitenanwendung geführt und damit ganz im Sinne des Konzepts „Arbeit und Umwelt“ eine milliardenschweren Investitionsmarkt mit mehr als 120.00 zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen geschaffen. ... Der Atomkonsens hat einen energiewirtschaftlichen Irrweg in breiten Konsens beendet. Hierzu stehen wir. Zwei Reaktoren sind vom Netz, der Zeitplan für weitere Stillegungen ist bekannt.“

Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, SPD
„... Auch die Energieerzeugung aus Biomasse werden wir weiter vorantreiben. Eine moderne Energiepolitik schont nicht nur die Umwelt und schütz die Bürger, sondern ist auch aus wirtschaftlicher Sicht vernünftig: Durch das Erneuerbare Energie-Gesetz sind bereits 200.000 neue Arbeitsplätze in diesem Bereich entstanden.“

Jörg Rohde, Bezirksvorsitzender der FDP Mittelfranken, Wahlkreis Erlangen
„In der Energiepolitik setze ich mich ein für
- die Förderung der Forschung zu erneuerbaren Energien
- das Ende bei der Wettbewerbsverzerrung des Strompreises
- den verstärkten Ausbau der Energiegewinnung durch Biomasse

- die Bekämpfung des „Ozonlochs“ durch Abschaltung von Kohlekraftwerken
- die Erforschung neuer Energiequellen, z.B. der Kernfusion
- die sichere und wirtschaftliche Nutzung der Atomenergie“

Marianne Schieder, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, SPD
„In der Energiepolitik muss der Grundsatz der Nachhaltigkeit hohen Stellenwert haben. Deswegen spreche ich mich ausdrücklich für einen weiteren Ausbau der Nutzung erneuerbarerer Energien aus und natürlich auch für Maßnahmen, die in den verschiedenen Bereichen zu einer deutlichen Reduzierung des Energieverbrauches führen. ...“

Hans Raidel, MdB, CDU/CSU
„... Durch die Abschaltung sicherer und wirtschaftlicher Kernkraftwerke wird der Strom für Privathaushalte unnötig verteuert und Deutschland von der Forschungs- und Technologieentwicklung abgekoppelt."

Norbert Geis, MdB, CSU
„... Die erneuerbare Energie wurde vom Wettbewerb abgeschottet. Sie wurde unverhältnismäßig gefördert. Die Förderausgaben betragen heute rund 3,2 Milliarden Euro jährlich. Sie haben sich seit 1998 damit mehr als verdreifacht. Die Tendenz ist steigend. Wenn es so weiter geht, werden wir im Jahr 2020 rund 5 Milliarden Euro jährlich ausgeben, ohne das es dabei zu einem nennenswerten Klimaeffekt kommen wird. ...“

Position der KLJB Bayern
2. Ökologische Erneuerung
Der Schutz der Schöpfung als ein uns anvertrautes Gut hat für uns hohe Priorität. Auch angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Herausforderungen darf dieses Ziel nicht vernachlässigt oder zurückgestellt werden. Denn die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist ein für viele Generationen, oft sogar generell nicht mehr gut zu machender Verlust.
Vor diesem Hintergrund fordern wir eine weitere und verstärkte Umsetzung der Klimaschutz-Ziele und ein starkes deutsches Engagement hierfür in internationalen Zusammenhängen, einen weiteren Ausbau erneuerbarer Energien (siehe 1.), aber auch eine ökologisch ausgerichtete Steuer- und Verkehrspolitik (z.B. durch eine verstärkte Förderung von Schiene und ÖPNV und eine Besteuerung von Flugbenzin). Eine Reduzierung der Pendlerpauschale allein auf PKW-Fahrten ist aus ökologischer Sicht ein völlig falscher Ansatz.

Dr. Max Stadler, MdB, FDP, im Namen der Fraktion
„... Mit Blick auf die Zeit nach 2012 plädieren wir dafür, die CO2-Emissionen europaweit bis zum Jahr 2020 um 30% im Vergleich zu 1990 zu verringern. Auf europäischer Ebene ist auf eine faire Lastenverteilung hinzuwirken. .... Ferner muss Deutschland als High-Tech-Standort seine Kräfte darauf konzentrieren, energiewirtschaftliche Technologieführerschaft zu entwickeln und auszubauen. Hier geht es vordringlich um eine Steigerung der Energieeffizienz, um Techniken klimaneutraler Energiegewinnung sowie um modernste Abscheide- und Einlagerungstechniken für Treibhausgase. Die Brennstoffzellen- und Wasserstofftechnologie müssen weiterentwickelt und der Aufbau einer geeigneten Versorgungsinfrastruktur für Wasserstoff vorangetrieben werden, um den erneuerbaren Energien auch im Verkehrssektor eine langfristige, wirtschaftlich tragfähige Perspektive zu geben. Verkehrsbedingte Umweltbelastungen müssen bei allen Verkehrsträgern reduziert werden. Jeder Verkehrsteilnehmer sollte die von ihm verursachten Kosten für Infrastruktur und Umwelt tragen. So entstehen faire Wettbewerbsbedingungen zwischen den Verkehrsträgern, die zu einem Gesamtsystem vernetzt werden. Subventionen und Steuervergünstigungen lehnen wir ab. Das gilt auch für das Flugbenzin. Allerdings mach es keinen sinn, eine Kerosinbesteuerung isoliert in Deutschland einzuführen und damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Drehkreuze zu schwächen. Im Zuge einer umfassenden Steuerreform muss auch die Entfernungspauschale reduziert bzw. abgeschafft werden. Auch muss der Verkehrssektor in den Handel mit CO2-Zertifiktaten einbezogen werden."

Ekin Deligöz, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen
„Wir halten den Klimawandel für die größte ökologische Herausforderung unserer Zeit. Der Mensch trägt große Verantwortung, denn er ist Hauptverursacher. Die Konsequenz kann nur lauten: Der Ausstoß klimaschädlicher Gase muss weltweit schnell und drastisch gesenkt werden, damit der Anstieg der globalen Erwärmung auf 2°C gegenüber vorindustriellen werten begrenzt wird, um unkalkulierbare Risiken für Mensch und Natur zu verhindern. Klimaschutz ist eine dringende und gewaltige Aufgabe. Angesichts der großen Gefahren besteht enormer Handlungsbedarf. Wir sind uns unserer globalen Verantwortung bewusst und werden uns auch in den kommenden Jahren für konsequenten Klimaschutz einsetzten – national, europäisch und international.... Die Entfernungspauschale trägt – wie die Eigenheimzulage – zur Zersiedlung der Landschaft bei und führt zu höherem Verkehrsaufkommen. Wir wollen deshalb die Eigenheimzulage abschaffen und die Entfernungspauschale deutlich reduzieren. Eine Beschränkung der Entfernungspauschale nur auf PKW- und Motorradfahrer wäre verkehrspolitisch verfehlt, ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht und wird daher von uns entschieden abgelehnt."

Jerzy Montag, MdB, rechtspolitischer Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen
„...Wir müssen die erfolgreiche Klimaschutzpolitik der letzten Jahre fortsetzen. Mit der Förderung der Erneuerbaren Energien und der umweltfreundlichen Kraft-Wärme-Kopplung, der Ökologischen Steuerreform, dem Altbausanierungsprogramm, dem Emissionshandel, der LKW-Maut und der Agrarwende ist ein guter Anfang gemacht. Aber das ist noch lange nicht genug. Wir wollen diesen Weg weitergehen. Wir müssen unsere Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40% senken, bis 2050 um 80%. ... Die

ökologische Steuerreform ist ein Erfolg grüner Regierungsbeteiligung und sie wirkt das muss letztlich selbst die Union eingestehen. Mit der Ökosteuer wurden die Lohnebenkosten um 1,7 Prozentpunkte gesenkt und die CO2-Emissionen des Verkehrs um 10% gemindert. Wir wollen die Ökosteuer daher zu einer ökologischen Finanzreform weiterentwickeln. Dazu gehört der Abbau umweltschädlicher Subventionen. Wir wollen z.B. die Eigenheimzulage abschaffen, die Entfernungspauschale senken, eine Steuer auf Kerosin und die Mehrwertsteuer für Auslandsflüge einführen, ungerechtfertigte Ökosteuer-Ausnahmen für industrielle Großverbraucher konsequent reduzieren und die Kohlesubventionen bis 2012 komplett abbauen. Dies schafft zusätzliche Anreize für einen sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen ,fördert Investitionen in energiesparende Technologien und lässt so neue Arbeitsplätze entstehen. ... Wir wollen fairen Wettbewerb im Verkehr. Bisher gibt es diesen zwischen Bahn und Flugzeug nicht. Der Flugverkehr ist steuerlich doppelt privilegiert. Bei der Mineralöl- und bei der Mehrwertsteuer. Die Bahn soll daher künftig nur den halben Mehrwertsteuersatz auf Fahrscheine im Personenfernverkehr zahlen und Bahnfahren dadurch billiger werden. Wir wollen eine Kerosinsteuer und eine Mehrwertsteuer für grenzüberschreitende Flüge einführen. Die Möglichkeiten der EU-Energiesteuerrichtlinie zur Einführung einer Kerosinsteuer auf Inlandsflüge müssen genutzt werden. Am besten wäre hier aber eine länderübergreifende Lösung die möglichst viele internationale Luftdrehkreuze in Europa einbezieht. Die Entfernungspauschale trägt – wie die Eigenheimzulage – zu Zersiedlung der Landschaft bei und führt zu höherem Verkehrsaufkommen. Wir wollen deshalb die Eigenheimzulage abschaffen und die Enterungspauschale deutliche reduzieren. Eine Beschränkung der Enterungspauschale nur auf PKW- und Motorradfahrer wäre verkehrspolitisch verfehlt, ökologisch kontraproduktiv und sozial ungerecht und wird daher von uns entschieden abgelehnt."

Maria Eichhorn, MdB, CDU/CSU
„... Wir werden die Anstrengungen zum nationalen und globalen Klimaschutz forcieren. Aber Umweltschutz muss bezahlbar sein. Umweltpolitik hat dort Grenzen, wo sie Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen unangemessen behindert. Investitionsverhinderung durch jahrzehntelange Verfahren kann sich Deutschland nicht mehr leisten. Es ist sinnvoll, anreize für schadstoffarme Produkte, weniger Flächenverbrauch ungeringere Lärmbelastung zu setzen. Wir brauchen auch im Umweltschutz mehr Markt und Wettbewerb, aber auch mehr Eigenverantwortung der Wirtschaft und der Bürger. .... Auf internationaler Ebene wollen wir die Klimaschutzvereinbarungen zu einer „Kyoto-Plus-Initiative" weiter entwickeln, in der auch die weltgrößten CO2-Produzenten sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer eingebunden sind. Mit der Gründung einer „Klima-Allianz Deutschland" wollen wir einen generationsübergreifenden Klimaschutz fördern. In der Energiepolitik setzen wir auf einen klimaverträglichen Energiemix."

Angelika Graf, MdB, SPD
„... Deutschland hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis 2012 um 21 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Bis 2003 sind die Emissionen bereits um 18,5% zurückgegangen, inzwischen liegt der Rückgang bei rund 19 Prozent. Damit sind wir weltweit in der Vorreiterrolle. Deutschland leistet den größten Beitrag zur Minderung der Emissionen in der EU. Und wir werden wahrscheinlich das einzige EU-Land sein, das seine Klimaziele mit eigenen Maßnahmen erreichen wird. Mit dem Bundesnaturschutzgesetz wollen wir zudem zukünftig Impulse für einen neuen Umgang mit der Natur setzen. Wir wollen bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf 30 Hektar pro Tag reduzieren und ein „Nationales Naturerbe" schaffen, um schutzwürdige Flächen zu vernetzen und die Artenvielfalt zu sichern..."

Josef Göppel, MdB, CSU
„... Die Energiebesteuerung soll am Beginn der Wertschöpfungskette ansetzen, also möglichst bei der Primärenergie. Das ist nur gemeinsam innerhalb des europäischen Marktes zu machen. Die Änderung der Steuergrundlage darf die Gesamtbelastung nicht erhöhen. Aufkommensneutral heißt, dass alle Steuerzahler gemeinsam nicht mehr belastet werden. Individuell wird es schon Unterschiede geben: wer Energie effizienter einsetzt, der wird künftig sparen können. ... Ich bin überzeugt, dass das System, wie es jetzt bei der LKW-Maut vorliegt, langfristig für alle Fahrzeuge eingeführt werden wird. So ist es übrigens auch schon im Umweltprogramm der CSU aus dem Jahr 2003 niedergelegt."

Stadträtin Brigitte Meier, SPD
„... Als Stadträtin in München habe ich mich immer für den Ausbau und eine für alle erschwingliche Preisgestaltung beim Öffentlichen Nahverkehr eingesetzt. Wir brauchen aus ökologischer Sicht ein attraktives Angebot des ÖPNV für Pendler, um diesen Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu ermöglichen. Einfach die Pendlerpauschale für Autofahrer zu kürzen greift hier zu kurz, es ist sozial ungerecht und trifft vor allem Familien."

Alois Karl, Oberbürgermeister Neumarkt, CSU
„... Hinsichtlich einer Unterstützung des Schienenpersonenverkehr setze ich auf einen verstärkten Wettbewerb, da ich die aktuelle Politik der DB AG für hinterfragenswert halte. .... Eine Beschränkung der Pendlerpauschale allein auf PKW-Fahrten, ohne zugleich auch Wegekosten durch den ÖPNV steuermindernd zu berücksichtigen, halte ich für nicht erstrebenswert. ..."

Ursula Sowa, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen
„... Mit der Ökologischen Steuerreform werden erfolgreich Anreize zum Energiesparen gesetzt. Eines unserer Ziele ist es nach wie vor, mehr Verkehr auf die Schienen zu bringen, weil dieser Verkehrsträger mit Abstand am umweltfreundlichsten ist. Außerdem setzen wir uns für den Abbau umweltschädlicher Subventionen, beispielsweise der Pendlerpauschale, ein."

Dirk Ottmann, CDU
„Die Union will die Klimaschutzvereinbarungen zu einer „Kyoto-PLUS-Initiative" weiterentwickeln, in der auch die weltgrößten CO2-Produzenten sowie die Schwellen- und Entwicklungsländer eingebunden sind. Mit der Grünung einer „Klima-Allianz Deutschland" wollen wir einen generationenübergreifenden Klimaschutz fördern. Wir setzen in der Energiepolitik auf einen klimaverträglichen Energiemix und auf Schwerpunkte beim sparsamen und effizienten Umgang mit Energie. ... Eine gute Personennahverkehrsanbindung und die wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleiben wichtige Ziele unserer Politik. Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) muss kundenfreundlicher, attraktiver und effizienter werden. Nach der Regionalisierung liegt es bei den Ländern, den ÖPNV gezielt an den regionalen Anforderungen auszurichten und dessen Marktanteil zu vergrößern. Um die Attraktivität der Bahn zu steigern, ist vor allem Stetigkeit bei den finanziellen Perspektiven gefragt. Nur durch Planungssicherheit kann verhindert werden, dass, wie in der Vergangenheit geschehen, ein ausbau- und Sanierungsprojekt heute begonnen und morgen wieder gestoppt wird."

Hannelore Roedel, MdB, CSU
"Dem Schutz der Schöpfung stimme ich ohne Einschränkungen zu. Eine große Herausforderung sehe ich im europäischen Einigungsprozess, der Deutschland zur Verkehrsdrehscheibe unseres Kontinents macht. Die rot-grüne Bundesregierung hat es völlig versäumt, das lawinenartige Anwachsen der Verkehrsströme von Ost nach West, von Süd nach Nord, die allesamt über Deutschland hinwegfahren, in den Griff zu bekommen."

Peter Falk, Bundestagskandidat, SPD
„... Wir brauchen eine Verlagerung von Personen- und Güterverkehr auf die Schiene. ... Die Forderung nationale Flüge unter 400 km generell einzuschränken und auf ein besser auszubauendes Schienennetz zu verlagen, halte ich nach wie vor für richtig."

Lars Holstein, SPD
„... Für uns ist klar: Grenzübergreifende Probleme brauchen grenzübergreifende Lösungen. Deshalb setzen wir uns auf EU-Ebene, in der WTO und der UNO auch weiterhin für eine Erhöhung der Umweltstandards ein. ... Die ökonomischen Zukunftschancen Deutschlands hängen unmittelbar von der Leistungsfähigkeit des Verkehrssystems und der Wettbewerbsfähigkeit der Mobilitätswirtschaft ab. Die Vernetzung der Verkehrsträger Straße, Schiene und Wasserstraße sowie die Sicherung und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind dabei die richtigen Schritte. Nur so können ökonomische und ökologische Effizienzgewinne erzielt und gesichert werden. Zur Finanzierung sollen insbesondere die jährlichen Einnahmen in Höhe von mehr als 3 Mrd. Euro aus der streckenbezogenen LKW-Maut herangezogen werden. Eine moderne und zukunftorientierte Verkehrspolitik muss sich an dem Leitziel der Nachhaltigkeit mit ökologischen und sozialen Zielen orientieren. Vor dem Hintergrund der immer

knapper und teurer werdenden Kraftstoffe auf Basis von Erdöl wollen wir den langfristigen Umstieg auf Biodiesel, synthetische Biokraftstoffe oder Wasserstoff. ... Für die Besteuerung des Flugbenzins gibt es gute Gründe. Darüber hinaus müssen im Flugverkehr die Steuervergünstigungen abgebaut und eine Dumpingkonkurrenz zu Lasten der Bahn verhindert werden. Dies betrifft insbesondere die Kerosinbesteuerung. Hierbei steht die EU in der Pflicht. ... Die Pendlerpauschale ist gerade in ländlichen strukturschwachen Räumen für die Sicherstellung der Mobilität von größter Bedeutung. Eine Abschaffung ist deswegen nicht geplant. Eine Veränderung der Pendlerpauschale kann nur unter Berücksichtigung aller Anreizwirkungen erfolgen."

Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
„...Bereits 2002 haben wir innerhalb der Koalition vereinbart, dass Deutschland eine Reduktion der Kohlendioxid-Emissionen um 40 Prozent anstreben wird, wenn Europa die Messlatte auf 30 Prozent legt. Die Fortbeschreibung des Nationalen Klimaschutzprogramms liegt vor. Es wird dafür sorgen, dass besonders in den bereichen Verkehr und private Haushalte/Wohnen die Anstrengungen nach Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes erhöht werden. Im Rahmen des KfW-Programms zur CO2-Minderung wurde von 1996 – 2004 insgesamt 56,8 Millionen m² oder 685000 Wohneinheiten durch zinsgünstige Darlehen saniert. Der Bund stellte bis Ende 2004 260 Mio. Euro zur Verfügung. Seit 2005 wurde das Programm in ähnlicher Form von der KfW-Förderbank mit Unterstützung der Bundesregierung neu aufgelegt.... Die von Ihnen angesprochene Stärkung von Schiene und ÖPNV ist für uns von großer Bedeutung. Mit dem durch die SPD-Bundestagsfraktion unterstützen Zwei-Milliarden-Programm der Bundesregierung für Verkehrsinfrastruktur erhält auch der Verkehrsträger Schiene zusätzlich 750 Millionen Euro. Wir haben die Regionalisierungsmitte, die der Bund den Ländern für den ÖPNV zur Verfügung stellt, kontinuierlich gesteigert. Die Länder erhalten zur Zeit jährlich rund sieben Milliarden Euro. Die SPD wird sich auch künftig dafür einsetzten, die Finanzierung der erreichten Qualität des ÖPNV dauerhaft zu sichern."

Marlene Rupprecht, MdB, Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion
„... Aus ökologischer Sicht ist ein attraktives Angebot für Pendler – gerade in einem Flächenland wie unserem – unverzichtbar. Die Pendlerpauschale für PKW-Nutzer zu kürzen ist hier das eindeutig falsche Signal – es ist sozial unausgewogen, ungerecht und trifft vor allem Familien."

Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, SPD
„Die Bundesregierung hat im Jahr 2002 mit der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie erstmals ein gemeinsames Konzept aller beteiligten Ressorts vorgelegt. Wir haben mehr Bürgerbeteiligung im Bereich des Umweltrechtes erreicht: Im Rahmen der Modernisierung des Bundesnaturschutzgesetzes haben wir Verbänden ein Recht zur Klage eingeräumt und den Naturschutz aus dem Dasein als Reservat befreit. Künftig gilt es nun, ein „Nationales Naturerbe" zu schaffen, um schutzwürdige Flächen zu vernetzen und die Artenvielfalt zu sichern. ..."

Walter Kolbow, MdB, SPD
„... Grenzübergreifende Probleme brauchen eine grenzübergreifende Lösung. Mit dem Beginn des europaweiten Emissionshandels leisten wir unseren Beitrag zu einem ökonomischen und ökologischen sinnvollen Klimaschutzinstrument in Europa. Wir sind uns unsere ökologischen Verantwortung bewusst. Die von uns eingeführte Ökosteuer ist ein Schritt in die Richtung, die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes zu einem umweltbewussteren Verhalten anzuregen. Ich bin der Überzeugung, dass nur unter einer rot-grünen Bundesregierung genug für die Umwelt getan wird."

Jörg Rohde, Bezirksvorsitzender der FDP Mittelfranken, Wahlkreis Erlangen
„Für die ökologische Erneuerung fordere ich

- die Fortsetzung des Kyoto eingeleiteten Klimaschutzprozesses
- mehr Wettbewerb auf der Schiene um Güterverkehr per Bahn zu verbilligen
- die Abschaffung der Pendlerpauschale im Rahmen der liberalen Steuerreform"

Marianne Schieder, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, SPD
„Die Bewahrung der Schöpfung und der verantwortliche Umgang mit der Umwelt muss im persönlichen wie im politischen Handlung oberstes Gebot sein. Die ehrliche Umsetzung der Klimaschutz-Ziele muss weiterhin nationales Anliegen bleiben und auch im internationalen Bereich muss für Verbesserung gekämpft werden. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel zu einer trag- und leistungsfähigen Alternative zum Individualverkehr muss vorangetrieben werden. Besonders beim Güterverkehr empfinde ich die derzeitige Situation als untragbar. Es muss gelingen, den Individualverkehr zu vermindern. Die Einführung einer Ökosteuer war hier ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung."

Hans Raidel, MdB, CDU/CSU
„… Auch beim Luftverkehr ist die Förderung umweltfreundlicher Mobilität für die Union ein wichtiges Anliegen. Wir setzen auf die Innovationskraft der deutschen Luftverkehrswirtschaft, die immer umweltfreundlichere Maschinen baut und einsetzt. Auch engagieren wir uns für die Besteuerung von Flugbenzin im weltweiten Kontext. Im Hinblick auf eine ökologisch ausgerichtete Steuerpolitik war die Union bereits in der Vergangenheit Vorreiter für eine Kfz-Steuer mit ökologischer Komponente: Das von uns eingeführte, an Schadstoffkassen orientierte Kfz-Steuersystem hat eine erheblichen Verbesserung der Emissionsbilanz von Kraftfahrzeugen in Deutschland bewirkt. Die Pendlerpauschale wird in unserem neuen, vereinfachten und gerechteren Steuersystem ihren Platz haben. Die Union will die Pendlerpauschale nicht abschaffen, sondern auf 50 Entfernungskilometer begrenzen."

Position der KLJB Bayern
3. Zukunftsfähige Agrarpolitik – Einsatz gentechnisch veränderter Organismen
Für die Zukunft der Landwirtschaft in Bayern braucht es verlässliche Rahmenbedingungen, die die Existenz der bäuerlichen Strukturen unserer Landwirtschaft nicht gefährden.
Den Einsatz gentechnisch veränderter Organismen (GVO) in der Landwirtschaft sehen wir mit großer Skepsis. Um auch künftig gentechnikfreie landwirtschaftliche Produktion zu gewährleisten, braucht es strikte Haftungsregelungen für den Einsatz von GVO. Die hierzu in Deutschland im vergangenen Jahr geschaffenen Rahmenbedingungen sind das Mindestmaß, das auch in Zukunft gelten muss.

Hans-Josef Fell, Bündnis 90/Die Grünen
„... Wir werden uns weiterhin für einen wirksamen Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft einsetzen. Vor allem ist es auch wichtig festzustellen, dass Gentechnik in der Landwirtschaft völlig überflüssig ist. Wir brauchen Gentechnik weder für unsere Nahrungsmittel noch für unsere Energiepflanzen."

Dr. Max Stadler, MdB, FDP, im Namen der Fraktion
„Die FDP hat ihr Modell der Kulturlandschaftsprämie auf dem Bundesparteitag 2001 einstimmig beschlossen. Damit wurde der Grundstein für eine dauerhafte Stärkung des ländlichen Raumes und einer gesellschaftlichen Akzeptanz für diese moderne Agrarpolitik mit deutlichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Verbesserungen gelegt. Kernpunkt des FDP-Modells ist die Stärkung der unternehmerischen Landwirte durch eine Entkopplung der Prämien von der Produktion. Landwirte werden für ihre Leistungen zur Pflege und für den Erhalt der Kulturlandschaft honoriert. Landwirte produzieren für die nachfragenden märkte unter Einhaltung der Fachgesetze im Tier-, Umwelt- und Verbraucherschutz. Dadurch werden Bürokratie abgebaut, Überschüsse verringert, eine nachhaltige und ökologische Landwirtschaft gestärkt und er EU-Haushalt deutlich entlastet. Das FDP-Modell einer Kulturlandschaftsprämie wurde mit der Umsetzung der EU-Agrarreform in 2005 in Deutschland und der Europäischen Union verwirklicht. ... Die FDP steht für Marktwirtschaft und offene Märkte. Mit der Kulturlandschaftsprämie haben wir ein marktwirtschaftliches Agrar-Modell entwickelt, dass die entscheidende Voraussetzung für eine weitere Öffnung- vor allem auch im Interesse der Entwicklungsländer – der Agrarmärkte bietet. Weil die Landwirte mit der Entkopplung von Prämien und Produkten sich stärker an der Nachfrage ausrichten, werden nach und nach Fehlanreize beseitigt und die Überschüsse in der EU verschwinden. Damit besteht auch keine Notwendigkeit für eine Fortführung von subventionierten Exporten. Die FDP spricht sich seit langem für den Abbau von Exportsubventionen aus. Neben den Chancen, die sich für die heimische Landwirtschaft nach der EU-Agrarreform durch den Absatz von Lebensmitteln auf den wachsenden Märkten z.B. im Fernen Osten ergeben, haben die unternehmerischen Chancen der Regionalvermarktung eine wichtige Relevanz. Die FDP tritt für die verantwortbare Nutzung der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft ein. ... Über die Einführung neuer technischer Methoden und den daraus entwickelten Produkten entscheidet der Markt. Das gilt auch für die Grüne Gentechnik. Das neue Gentechnikrecht blockiert die Grüne Gentechnik in Deutschland. Die FDP wird das innovationsfreundliche Gentechnikrecht grundlegend korrigieren. Das gilt vorrangig für die Praxis untauglichen Regelungen für die Haftung und das unbeabsichtigte Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Pflanzen."

Jerzy Montag, MdB, rechtspolitischer Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen
„... Die Saatgutindustrie, die gentechnisch veränderte Produkte vertreibt, soll für die Zusatzkosten die den gentechnikfrei produzierenden Landwirten u.a. durch Nachweismethoden entstehen, einen Fonds einrichten. Wir können die EU-rechtliche Zulassung von Gen-Pflanzen zwar nicht verhindern, aber wir haben der schleichenden Einführung von Gen-Food mit dem Gentechnik-Gesetz Grenzen gesetzt. Dabei haben wir im Rahmen der EU-rechtlichen Vorgaben das maximal Mögliche erreicht und alle Freiräume für nationale Vorschriften zum Schutz der gentechnikfreien Produktion genutzt. ... Wir lehnen die Forderung von CDU/CSU und FDP ab, dass EU-rechtlich ungenehmigte Gen-Konstrukte (z.B. aus Freisetzungsexperimenten) in Deutschland auf den Markt kommen dürfen. ... „

Maria Eichhorn, MdB, CDU/CSU
„... Wir brauchen auch in Zukunft eine innovative, wettbewerbsfähige Landwirtschaft als Rückgrat für die gesamte Ernährungswirtschaft, für den ländlichen Raum, für den Erhalt unserer Kulturlandschaft und als starken Wirtschaftspartner für das örtliche Handwerk und den Handel. Nationale Alleingänge führen zu Wettbewerbsverzerrungen und damit zur Schwächung der Landwirtschaft und des ländlichen Raumes, ohne dass dabei im Endeffekt spürbare Verbesserungen des Verbraucherschutzes, des Tierschutzes und des Umweltschutzes erreicht werden. Eine grundsätzliche Eins zu Eins-Umsetzung des EU-Rechts in den wettbewerbsrelevanten Bereichen wird deshalb künftig die Richtung vorgeben. ... Die bisherigen wissenschaftlichen Versuche zeigen, dass die Auskreuzung unter den bisher genehmigten Sorten kein besonderes Problem darstellt und nicht die Umwelt verändert. Diese Frage soll aus Sicht der CDU trotzdem im Rahmen der langfristigen Begleitforschung intensiv nachgegangen werden. Der von der Bundesregierung durchgesetzte erste Teil des Gentechnikgesetzes hat die bestehenden Feldforschungen von Universitäten und außeruniversitären Forschungsinstituten, von Saatzuchtunternehmen und Biotechnikunternehmen auf eine unsichere Rechtslage gestellt und eine großflächigeren Probenanbau in der Praxis verhindert. Die CDU fordert deshalb einen breiten Erprobungsanbau in Zusammenarbeit mit den Bundesländern und mit privaten Unternehmen, um die Erfahrungen, die einige Bundesländer aus dem Anbau im letzten Jahr gewonnen haben, weiter zu vertiefen."

Angelika Graf, MdB, SPD
„Der Staat hat die Verantwortung dafür zu tragen, dass die Verbraucher nicht durch verunreinigte, gentechnisch veränderte oder gar verseuchte Produkte gefährdet werden. Wer muss auch die Landwirte, die keine Gentechnik auf ihrem Acker haben wollen, vor der Ausbreitung gentechnisch veränderter Organismen bewahren. Diese Leitlinien haben wir mit dem Gentechnikgesetz umgesetzt, das u.a. ein Standortregister vorsieht, die Verursacher-Haftung und eine Vorsorge-Pflicht. Die Union hat dagegen angekündigt, die Auflagen für gentechnisch veränderte Produkte dramatisch zu lockern und überlegt, das Verbraucherschutzministerium im Falle eines Wahlsieges zu zerschlagen. Diese Forderungen lehne ich ebenso wie eine Aufweichung des Gentechnikgesetzes ab."

Josef Göppel, MdB, CSU
„Die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft stärken und Bürokratie abbauen werden die zwei entscheidenden Punkte einer unionsgeführten Bundesregierung im Agrarsektor sein. .... Das Gentechnikgesetz muss aus Sicht von CDU und CSU zumindest das Haftungsrisiko für Anwender, Saatzüchter und private Forschungsunternehmen kalkulierbar machen, um damit den privaten Versicherungswesen eine verlässliche Grundlage für ihre Tätigkeit zu bieten. ... Eine verschuldenstunabhängige Haftung bei der Verwendung der Grünen Gentechnik lehnen CDU und CSU ab. Beispielhaft ist eine Lösung, wie sie in den Niederlanden geschaffen wurde. Dort haben sich alle Betroffenen, einschließlich der Ökolandwirte, auf einen übergeordneten Haftungsfonds für Schäden durch unkalkulierbare Eventualitäten – nicht für Schäden durch persönliches Verschulden – geeinigt."

Johannes Singhammer, MdB, Wahlkreis München-Nord, CDU/CSU
„... Deshalb brauchen wir eine zukunftsfähige Agrarpolitik, die sich deutlich von dem unterscheidet, was die bisherige Bundesregierung angerichtet hat. Die gentechnisch veränderten Organismen sind in der Tat nicht ohne Risiko. Ein generelles vollständiges Verbot der sogenannten grünen Gentechnik halte ich aber für nicht sinnvoll."

Stadträtin Brigitte Meier, SPD
„Die Landwirtschaft braucht eine langfristige Perspektive, das bedeutet auch langfristige und verlässliche Programme von Seiten der EU. Die Skepsis der KLJB im Bezug auf gentechnisch veränderte Organismen teile ich. Die Gefahren, die dies für die Umwelt bringt, sind kaum abschätzbar und stehen in keinem Verhältnis zu dem erwarteten Nutzen."

Dirk Ottmann, CDU
„... Die Land- und Ernährungswirtschaft mit den vor- und nachgelagerten Bereichen muss als wichtiger Wirtschaftsfaktor wieder in den Mittelpunkt der Agrarpolitik und der Politik für den ländlichen Raum gerückt werden. ... Die Union befürwortet daher den verantwortungsvollen Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Wahlfreiheit der Produzenten und Verbraucher, ob sie gentechnisch

verbesserte Pflanzensorten anbauen bzw. daraus hergestellte Nahrungsmittel kaufen wollen, ist dabei auf jeden Fall sicherzustellen. Die jetzige Form der Haftungsregelung verhindert die Anwendung der Grünen Gentechnik in Deutschland."

Hannelore Roedel, MdB, CSU
„Wir brauchen eine zukunftsfähige Agrarpolitik, die sich von dem unterscheidet, was Rot-Grün angerichtet hat. In der Tat sind gentechnisch veränderte Organismen nicht ohne Risiko, zugleich bieten sie aber auch neue Chancen. Daher halte ich ein generelles Verbot der grünen Gentechnik nicht für sinnvoll."

Peter Falk, Bundestagskandidat, FDP
„Ich freue mich über ihre Aussage zur gentechnikfreien Landwirtschaft und unterstütze Bestrebungen einer gentechnikfreien Zone in den Landkreisen FFB und Dachau. Außerdem brauchen wir eine Verbraucherschutzregel, wonach eine vollständige Kennzeichnungspflicht gentechnisch veränderter Lebensmittel und auch die Angabe aller Inhaltsstoffe besteht."

Angelica Dullinger, SPD
„Mit dem im Januar 2004 in Kraft getretenen Gentechnikneuordnungsgesetz hat die rot-grüne Koalition den EU-rechtlichen Verpflichtungen gemäß den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ermöglicht und mit den dabei vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen den Schutz der gentechnikfreien – sowohl konventionelle als auch ökologische – Landwirtschaft vor Beeinträchtigungen aus dem Anbau von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) geregelt. Dabei ist die Haftungsregelung eine der wichtigsten Maßnahmen, um den Bestand der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion und der dortigen Arbeitsplätze zu sichern. Und den Verbraucherinnen und Verbrauchern auch weiterhin gentechnikfreie Produkte anbieten zu können. ..."

Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
„... Wir sichern mit der Haftungsregelung und den Sicherheitsauflagen den Bestand der gentechnikfreien konventionellen und ökologischen Landwirtschaft und die dortigen Arbeitsplätze. Wir sorgen dafür, das die Verbraucher/innen weiterhin gentechnikfreie Produkte kaufen können. Die Grüne Gentechnik darf nicht gegen deren Willen durchgesetzt werden. Nach derzeitigem EU-Recht müssen Milch, Eier, Käse und Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Produkten gefüttert wurden, nicht gekennzeichnet werden. Wir setzen uns auch hier für die Kennzeichnung ein. ..."

Marianne Schieder, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, SPD
„Selbstverständlich liegt mir der Erhalt und die Förderung der bäuerlichen Landwirtschaft am Herzen. Ich stamme selbst aus einem landwirtschaftlichen Betrieb und kenne die Sorgen und Nöte der Landwirte sehr gut. Wo es nur geht, achte ich darauf, regionale Produkte zu kaufen. Ich bin gegen den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen. Die rot-grüne Bundesregierung hat mit dem Anfang 2005 in Kraft getretenen Gentechnikneuordnungsgesetz gemäß EU-rechtlichen Verpflichtungen zwar den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ermöglicht, aber dabei auch die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen für den Schutz der gentechnikfreien Landwirtschaft geregelt. ..."

Hans Raidel, MdB, CDU/CSU
„... Wir treten für die Entwicklung der Bio- und Gentechnologie ein und fordern dafür einen verantwortbaren Rechtsrahmen, der zum einen die Koexistenz sicherstellt und vor allem unvertretbare Risiken für Mensch, Tier und Umwelt ausschließt. Die CDU tritt bei den gesetzlichen Regelungen zur Anwendung der Gentechnik für eine echte Wahlfreiheit ein, die für Verbraucher und Landwirte gewährleistet sein muss. Den Verbrauchern soll durch die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte eine freie Entscheidung ermöglicht werden."

Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg, CDU/CSU
„... Die Grüne Gentechnik bietet, richtig angewandt, die Möglichkeit, einen erheblichen Teil zur Ernährungssicherung der Weltbevölkerung, zu einem verantwortungsvollen Umgang mit unseren natür-

lichen Ressourcen sowie zu einer gesünderen Ernährung beizutragen. Die Union befürwortet daher den verantwortungsvollen Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft. Die Wahlfreiheit der Produzenten und Verbraucher, ob sie gentechnisch verbesserte Pflanzensorten anbauen bzw. daraus hergestellt Nahrungsmittel kaufen wollen, ist dabei auf jeden Fall sicherzustellen. Die jetzige Form der Haftungsregelung verhindert die Anwendung der Grünen Gentechnik in Deutschland."

Norbert Geis, MdB, CSU
„Wir brauchen eine zukunftsfähige Agrarpolitik, die nicht so viele Fehler macht, wie in den vergangenen sieben Jahren. Bei der Landwirtschaft ist der Eindruck entstanden, dass es der vergangenen Bundesregierung vor allem darauf ankam, die deutsche Landwirtschaft zu benachteiligen. Der Einsatz gentechnisch veränderter Organismen in der Landwirtschaft kann nur dann erlaubt sein, wenn dieser Einsatz völlig gefahrlos ist."

Position der KLJB Bayern
4. Integrationspolitik
Die KLJB hat schon im Jahr 2001 ein Zuwanderungsgesetz gefordert, das Einwanderung nach Deutschland grundsätzlich ermöglicht und gestaltet. Zur gelingenden Integration gehören nach unserer Überzeugung entsprechende Bemühungen von Migranten/-innen (insbesondere im Bereich der Sprache), aber auch die Offenheit und Integrationsbereitschaft unserer Gesellschaft. Um letztere nicht zu gefährden, lehnen wir jedwede politische Instrumentalisierung von Ressentiments und Ängsten gegenüber Fremden und Migranten/-innen ab.

Hans-Josef Fell, Bündnis 90/Die Grünen
„... Mit dem Zuwanderungsgesetz haben künftig alle, die nach Deutschland einwandern, einen Rechtsanspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs. Er enthält neben Sprachunterricht auch Orientierungshilfen für das Leben in der neuen Gesellschaft. Wer nicht hingeht, muss mit ausländer- oder sozialrechtlichen Folgen rechnen. Natürlich ist aber auch die Toleranz und Offenheit der bereits hier lebenden Bevölkerung eine sehr wichtige Voraussetzung dafür, dass Integration gelingen kann. Ein Engagement wie in Eurem Verband ist dabei ein lobenswerter und wichtiger Beitrag."

Dr. Max Stadler, MdB, FDP, im Namen der Fraktion
„Für die Liberalen gilt ganz klar: Eine Gesellschaft wird durch Vielfalt bereichert. Liberale begrüßen die ethnische und kulturelle Differenzierung in der Bundesrepublik Deutschland. Menschen unterschiedlicher Herkunft mit ihrer spezifischen Identität sind fester Bestandteil einer zukunftsweisenden liberalen Bürgergesellschaft. ... Politische Parteien oder andere Organisationen, die Eingewanderte oder Minderheiten als Sündenböcke für wirtschaftliche Schwächen unseres Landes und reine Problemfälle unserer Gesellschaft diffamieren, handeln in der Tat unverantwortlich. Die Liberalen verurteilen dies und treten solchen Äußerungen entschieden entgegen."

Ekin Deligöz, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen
„Wir haben die Integrationspolitik in Deutschland mit dem Zuwanderungsgesetz auf eine neue Grundlage gestellt: NeuzuwanderInnen erhalten einen Rechtsanspruch auf Besuch eines Sprachkurses. Zudem haben bis Juli 2005 mehr als rund 60.000 länger bei uns lebende MigratInnen freiwillig an diesen Integrationskurseen teilnehmen können – also jetzt schon dreimal so viele, wie bislang in einem ganzen Jahr durch den Bund sprachlich gefördert wurden. Die rot-grüne Bundesregierung finanziert die Integrationskurse des Zuwanderungsgesetzes mit 208 Mio. Euro im Jahr. Die Bundesländer haben sich in den Zuwanderungsgesetzverhandlungen ja – auf Druck der Union – vollständig aus der Ko-Finanzierung dieser Kurse zurückgezogen. ..."

Jerzy Montag, MdB, rechtspolitischer Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen
„Ergänzend hierzu hat Rot-Grün

- Mit dem Anfang 2005 in Kraft getretenen Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) das Angebot und die Qualität von Kitas in Deutschland deutlich vorangebracht. Wir haben ein Forschungsprojekt des Deutschen Jugend Instituts finanziert, um Sprachförderung in deutschen Kitas zu verbessern.
- Wir haben 4 Mrd. Euro bereitgestellt, um bis 2007 Ganztagsschulen einzurichten oder auszubauen. Rot-Grün hat ein Bund-Länder Programm zur besseren sprachlichen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund initiiert.
- Wir haben mit der Reform der Berufsbildungsgesetze die Chancen speziell auch von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessert.
- Wir haben –zusätzlich zu den Integrationsangeboten des Zuwanderungsgesetzes – den Erwerb berufsbezogener Deutschkenntnisse für MigratInnen mit jährlich über 20 Mio. Euro finanziert.
- Wir haben den Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende ermöglicht und Projekte eingerichtet zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit von Flüchtlingen.
- Für die Beratung von erwachsenen MigratInnen gibt die rot-grün Bundesregierung in diesem Jahr 27 Mio. Euro aus.
- Für Jugendemigrationsdienste haben wir im Haushalt 2005 über 7 Mio. Euro mehr als im Vorjahr eingestellt."

Maria Eichhorn, MdB, CDU/CSU
„Deutschland ist ein gastfreundliches und weltoffenes Land. Viele der hier lebenden Ausländer haben sich integriert und leisten ihren Beitrag zur Allgemeinheit. Es gibt aber auch Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen mit erheblichen Integrationsdefiziten. Weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten, viele Migrantenkinder ohne schulischen Abschluss, Ghettobildung und eine Entwicklung von Parallelgesellschaften und eine häufig selbst gewählte Abgrenzung ausländischer Jugendlicher von der deutschen Gesellschaft sind Alarmsignale für den sozialen Frieden im Land. Das Zuwanderungsgesetz allein kann die strukturellen Integrationsdefizite nicht beheben. ... Sprache ist der Schlüssel zur Bildung. Deshalb setzen CDU und CSU in den dafür zuständigen unionsgeführten Bundesländern auf vorschulische Sprachförderung für alle Kinder und auf bedarfsorientierte Ganztagsangebote. ... Wir werden die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis aktiv fördern und schützen. Die Zwangsverheiratung ist verboten. Die Nötigung zur Zwangsheirat wird ein eigener Straftatbestand."

Johannes Singhammer, MdB, Wahlkreis München-Nord, CDU/CSU
„Integration – selbstverständlich, mehr Zuwanderung – nein. Wer bei 5 Millionen offiziell gemeldeten Arbeitslosen und rund 8 Millionen Menschen ohne Beschäftigung für weitere Zuwanderung ist, handelt unverantwortlich. Integration ist zudem keine Einbahnstraße. Von Zuwanderern erwarte ich, dass sie die Grundwerte unseres Zusammenlebens respektieren, das heißt Grundüberzeugungen und Recht des Grundgesetzes einhalten und von sich aus alles unternehmen, um die deutsche Sprache zu erlernen. ...."

Alois Karl, Oberbürgermeister Neumarkt, CSU
„... Aber eine Integration kann m.E. nur dann erfolgreich sein, wenn man Probleme auch offen anspricht. Beschönigungen, Denk- und Sprechverbote im Bereich der Migrationprobleme führen nur dazu, die Probleme zu verstärken und politischen Rattenfängern in die Hände zu spielen. Deshalb ist mein Ansatz, den Zuwanderern bei ihrer Eingliederung in unsere Gesellschaft zu helfen und ihnen zugleich Anreize zu geben, diesen Schritt auch konsequent zu beschreiten."

Ursula Sowa, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen
„... Integrieren kann sich zudem nur, wer Zugang zur Bildung hat. Unser Bildungssystem muss fähig werden, mit sozialer und kultureller Heterogenität umzugehen. Die Integrationskurse müssen für alle zugänglich und eng mit den Maßnamen der Bundesagentur für Arbeit verknüpft werden. Finanzierung und Rahmenbedingungen dieser Sprachkurse müssen verbessert und unnötige Bürokratie muss abgebaut werden. Eine zukunftsfähige, moderne Integrationspolitik kommt nicht ohne rechtliche Gleichstellung und die politische Integration der MigrantInnen aus. Wir setzen uns für die erleichtere Einbürgerung und die großzügige Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft ein."

Dirk Ottmann, CDU
„... CDU und CSU wollen die Zuwanderung in den Arbeitsmarkt auf Mangelberufe und auf Ausländer begrenzen, die in Deutschland zu Spitzenleistungen in Wissenschaft und Forschung, Wirtschaft und Kultur beitragen können. Angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen in Deutschland hat Ausbildung und Qualifizierung der hier lebenden Menschen Vorrang vor Zuwanderung. ... CDU und CSU werden weiterhin die Teilnahme an Integrationskursen von Ausländern konsequent einfordern und das rechtliche Instrumentarium dafür nutzen. Wir wollen, dass nachziehende Ehegatten vor der Einreise nach Deutschland ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Wir werden aber auch Zeichen für eine gelungene Integration setzen, wie etwa durch Einbürgerungsfeiern."

Hannelore Roedel, MdB, CSU
"... Als Frauenpolitikerin setze ich mich besonders dafür ein, dass wir im Hinblick auf die in Deutschland lebenden Muslimas nicht akzeptieren dürfen, dass sich in diesem Land Parallelgesellschaften entwickeln, in denen islamitische und patriarchalische Ehr- und Moralvorstellungen über die im Grundgesetz verankerten Frauen—und Menschenrechte gestellt werden."

Peter Falk, Bundestagskandidat, SPD
„Ich hätte mir ein offeneres Zuwanderungsrecht aber auch ein besseres Staatsangehörigkeitsrecht zur Integration gewünscht. Dies ist an der CDU/CSU gescheitert. Die jetzigen Regelungen sind daher verwässert. Sollten die Mehrheiten gegeben sein setzte ich mich dafür ein, dass die ursprüngliche Entwürfe Gesetz werden. Gleichzeitig müssen öffentliche Mittel für Sprachbildung aber auch soziale Integration bereitstehen."

Angelica Dullinger, SPD
„... Für Integrationsmaßnahmen hat die SPD-geführte Bundesregierung die Rekordsumme von über 208 Millionen Euro in den Bundestagshaushalt 2005 eingestellt. Für die Beratung und Betreuung von Migranten stehen weitere 21,1 Millionen Euro zur Verfügung. Zusätzlich wird die berufliche Integration durch spezifische Angebote zur Berufsbildung, beispielsweise durch spezielle Förderung von Existenzgründungen Selbständiger ausländischer Herkunft, mit Bundesmittel gefördert. Die von uns eingesetzten Finanzmittel wollen wir auf hohem Niveau halten. .... Im Kampf gegen Rechtextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus haben wir eine ganze Reihe von Maßnahmen ergriffen. Insbesondere innerhalb des bundesweiten „Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt" haben wir mit dem Aktionsprogramm „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus" einen erfolgreichen Schritt unternommen, demokratische Verhalten und ziviles Engagement insbesondere bei Jugendlichen zu stärken und Toleranz und Weltoffenheit zu fördern."

Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
„... Die 208 Mio. Euro, die im Jahr 2005 im Bundeshaushalt für die Durchführung der Integrationskurse zur Verfügung stehen, sind eine wichtige Investition in die Zukunft unseres Landes. Erste messbare Wirkungen sind bereits jetzt zu verzeichnen: ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes haben bereits rund 4000 Integrationskurse mit rund 43.000 Teilnehmern begonnen. ..."

Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, SPD
„... Ziel ist die Einbürgerung der Menschen, die Deutschland legal zu ihren Lebensmittelpunkt gemacht haben – das Entstehen von Parallelgesellschaften soll verhindert werden. Hilfreich sind hier u.a. eine Sprachförderung bereits im frühen Kindesalter, eine bessere Integration von ausländischen Frauen und berufsvorbereitende Maßnahmen für einen gelingenden Übergang zwischen Schule und Beruf."

Walter Kolbow, MdB, SPD
„... Die SPD verurteilt jede politische Instrumentalisierung des Themas Ausländer- und Migrationpolitik durch Schüren von Ressentiments und Ängsten. Wir treten für ein weltoffenes, tolerantes Deutschland ein, das seiner humanitären Verantwortung gerecht wird."

Hans Raidel, MdB, CDU/CSU
„Die Union will durch konsequente Bildungs- und Ausbildungspolitik sowie Angebote zur sprachlichen Förderung und kulturellen Integration für echte wirtschaftliche Integrationsmöglichkeiten von Migranten sorgen. ..."

Norbert Geis, MdB, CSU
„Die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist bislang nur sehr schlecht gelungen. Dies hängt weniger an der Integrationsbereitschaft der deutschen Bevölkerung als viel mehr daran, dass sich bestimmte Gruppierungen nicht integrieren lassen wollen. Darauf ist das Augenmerk vor allem zu richten. Mit diesen Gruppen müssen die gesellschaftlichen Verbände mehr ins Gespräch kommen, als dies derzeit der Fall ist. Es kommt darauf an, dass die Verbände wie der Ihre mehr auf diese Menschen zugehen. Der Staat kann dies nicht leisten."

Position der KLJB Bayern
5. Vergabepraxis bei Visa – internationale Jugendbegegnung
Nicht zuletzt ausgelöst durch die sogenannte Visa-Affäre stellen wir eine deutlich verschärfte Praxis bei der Visa-Vergabe für Menschen fest, die Deutschland besuchen wollen. Dies betrifft uns – aber auch andere Verbände – ganz konkret in der Gestaltung unserer seit über 40 Jahren bestehenden Partnerschaft mit der katholischen Landjugendbewegung im Senegal (UJRCS). Im Jahr 2005 wurde erstmals - und für uns völlig überraschend - der Mehrzahl der von uns eingeladenen Delegierten der UJRCS ein Visum verweigert. Hier sehen wir dringenden politischen Handlungsbedarf, denn mit der rigiden Anwendung der Prüfkriterien (Vorlage von Arbeitsvertrag, Gehaltszettel, Kontoauszüge, u.v.m. zum Nachweis der Rückkehrwilligkeit) wird internationale Begegnung, vor allem mit Jugendlichen und noch dazu mit jungen Leuten aus ländlichen Regionen, die häufig in der Subsistenzlandwirtschaft tätig sind, unmöglich gemacht. An diesem Missstand muss sich dringend etwas ändern.

Hans-Josef Fell, Bündnis 90/Die Grünen
„Im Bereich der Visa-Vergabe sind Prüfungen bei der Vergabepraxis notwendig. Natürlich mussten aus der Visa-Affäre entsprechende Lehren und Konsequenzen gezogen werden, doch diese sind auf jeden Fall mit den von Euch angesprochenen Forderungen in Einklang zu bringen. Eine Verschärfung der Vergabepraxis darf nicht zu Lasten der wichtigen internationalen Begegnungen führen, auch und vor allem nicht im Jugendbereich."

Dr. Max Stadler, MdB, FDP, im Namen der Fraktion
„Deutschland ist und bleibt ein weltoffenes Land mit größtmöglicher Reisefreiheit. Der Visa-Untersuchungsausschuss hat aber zu Tage gebracht, dass in der Vergangenheit bei der Vergabe von Visa zum Teil erhebliche Fehler begangen wurden. Dadurch ist Schwarzarbeit erleichtert und Zwangsprostitution gefördert worden. Viele Menschen, die sich durch ihre Einreise verständlicher Weise ein besseres Leben erhofft haben, sind in Not und Abhängigkeit geraten. Dies kann in einem Rechtsstaat nicht akzeptiert werden. Die mit den Schengen-Partnern vereinbarten Prüfkriterien für die Visavergabe müssen eingehalten werden. Allerdings häufen sich in letzter Zeit Berichte darüber, dass das Pendel auf die andere Seite ausschlagen könnte und Visa nicht erteilt werden, obwohl in Wahrheit keine Ablehnungsgrüne vorliegen. Deshalb werde ich mich dafür einsetzen, dass in der Visapolitik einerseits die berechtigten Sicherheitsinteressen, andererseits aber auch das Interesse beispielsweise an der Fortsetzung des aus meiner Sicht wichtigen und wünschenswerten Jugendaustauschs berücksichtig werden."

Jerzy Montag, MdB, rechtspolitischer Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen
„Deutschland ist auf den Kontakt und den Austausch mit Menschen und ihren Ideen angewiesen. Der Austausch mit anderen Kulturen ist friedenstiftend. Durch die restriktive Einreisepraxis unter Kinkel & Kanther kam es vor 1998 zu zahlreichen Härtefällen. Um solche Härtefälle zu vermeiden, hatte Rot-Grün ja den sog. Volmer-Erlass herausgegeben. Die Union hat im Zuge der Visa-Untersuchungsausschusses eine Polemik entwickelt, die die Grenzen des Zulässigen weit überschritten hat:

- So habe die Bundesregierung durch die Visavergabepraxis angeblich „Beihilfe zu den größten Menschenrechtsverletzungen seit 1945 geleistet." (so Jürgen Rüttgers) bzw.
- Ludger Volmer sei „ein einwanderungspolitischer Triebtäter und ein Mittäter, der auf die Anklagebank gehöre." (so Hans-Peter Uhl)

Diese Hetzkampagne der Union darf nicht zu einer unsachgemäß restriktiven Visumserteilungspraxis führen. Diesem Anliegen fühlen sich Bündnis 90/Die Grünen verpflichtet."

Maria Eichhorn, MdB, CDU/CSU
„Es ist im Interesse der CDU/CSU, dass Deutschland weltoffen ist und Begegnungen, gerade auch der jungen Menschen aus verschiedenen Ländern fördert. Zugleich muss jedoch auch das EU-Recht beachtet werden, um die Sicherheit Deutschlands zu gewährleisten. In Ihrem konkreten Fall der Verweigerung von Visa für Mitglieder Ihres Partnerverbandes im Senegal empfehle ich Ihnen, sich an das Auswärtige Amt zu wenden."

Angelika Graf, MdB, SPD
„Die Vergabe von Visa ist leider anfällig für missbrauch, deswegen ist ein Mittelweg mit sorgsamer Bearbeitung und notwendigen Kontrollen bei gleichzeitiger Offenheit des Landes für die Menschen notwendig. Das ist ein schwieriger Balance-Akt, bei dem es in beiden Richtungen zugegebenermaßen Probleme geben kann."

Claudia Roth, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
„Im Bereich der Zuwanderungspolitik teilen wir die Ansicht ebenso, wie im Bereich der VISA-Vergabe. Die Probleme, welche derzeit im Bereich der Einreise bestehen sind uns bekannt. Wir wollen und werden hier wieder zu einer vernünftigen Politik zurückkehren, da uns die Folgen dieser aktuell praktizierten Politik durchaus bewusst sind. Sie sind aber letztendlich nur das Ergebnis des VISA-Untersuchungsausschuss des Bundestages."

Josef Göppel, MdB, CSU
„... Mit Weltoffenheit hatten die als „Visa-Affäre" bekannten Vorkommnisse nichts zu tun. Damit unser Land weltoffen bleibt, dürfen Sicherheitsinteressen nicht außer acht gelassen werden."

Dr. Hannedore Nowotny, SPD
".... Die Vergabepraxis bei Visa für internationale Jungendbegegnungen war mir bislang unbekannt. Sicherlicht ist diese jetzige Vorgehensweise durch die Diskussionen im Rahmen der Visa-Affäre entstanden. Allerdings darf die restriktivere Politik bei der Visa-Vergabe nicht dazu führen, dass bislang problemlos funktionierende internationale Begegnungen nicht mehr möglich sind. Hier sind dringend Nachbesserungen im Sinne der Völkerverständigung notwendig. ..."

Johannes Singhammer, MdB, Wahlkreis München-Nord, CDU/CSU
„Naturgemäß kann eine Opposition nur sehr beschränkt in Regierunghandeln, wie zum Beispiel die Visa-Praxis eingreifen. Es ist die Mehrheits-Macht der Regierung und der sie tragenden Parteien, beispielsweise die Visa-Pflicht für die Partnerschaft mit dem Senegal zu gestalten. Falls es zu einem Regierungswechsel kommt, meine ich, sollte sich grundsätzlich die Visa-Praxis ändern. Statt falscher Freizügigkeit für Mädchenhändler und Geschäftemacher sollte Deutschland ein offenes Land für katholische Partnerorganisationen sein."

Stadträtin Brigitte Meier, SPD
„Als ehemalige stellv. Vorsitzendes des KJR München-Stadt habe ich meine persönlichen Erfahrungen gemacht, wie schwierig es ist, VISA für internationale Jugendbegegnungsmaßnahmen zu bekommen. Gerade die aktuellen Ereignisse um den katholischen Weltjugendtag haben dies wieder deutlich gemacht. Ich fordere deshalb eine Ausnahmeregelung von der VISA-Praxis für Internationale Jugendbegegnungsmaßnahmen."

Alois Karl, Oberbürgermeister Neumarkt, CSU
„Deutschland ist ein Schengenstaat und hat sich verpflichtet, bei der Vergabe von Visa bestimmte Mindestkriterien einzuhalten. Dazu stehe ich. Wenn es im vorliegenden Fall der Partnerschaft des KLJB mit der UJRCS auch künftig zu Problemen kommt, bin ich gerne bereit, mich auf dem Boden des Schengenabkommens für eine vernünftige Visavergabepraxis durch deutsche Behörden einzusetzen."

Ursula Sowa, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen
„Deutschland ist auf den Kontakt und den Austausch mit Menschen und ihren Ideen angewiesen. Die im Zuge der so genannten Visa-Affäre entfachte beispiellose Hetzkampagne der Union verfängt offensichtlich und führt dazu, dass die Visumsstellen in Deutschen Botschaften aus Angst vor neuerlichen Schlagzeilen im Zweifelsfall gegen die AntragsstellerInnen entscheiden. Wir Grünen wollen hier gegensteuern: Gerade der internationale Jugendaustausch ist ein wichtiger Beitrag zu besserem gegenseitigen Verständnis."

Dirk Ottmann, CDU
„Wie jüngst der Weltjugendtag in Köln gezeigt hat, ist Globalisierung weit mehr als ein ökonomisches Phänomen. Durch die heutigen Reisemöglichkeiten entstehen Beziehungen in einer nie da gewesenen

Unabhängigkeit von Distanz und Grenzen. Um der Vision einer friedlichen Weltordnung näher zu kommen, wird die Union den kulturellen Austausch weiterhin unterstützen. ... Damit massenhafter Visa-Missbrauch und seine Konsequenzen wie z.B. Schleuserkriminalität wirksam eingedämmt werden können, fordern CDU und CSU eine Visa-Politik und eine Visa-Praxis, die im Einklang mit Recht und Gesetz steht. Politischen Handlungsbedarf zur Lockerung der gesetzlichen Regeln, wie etwa beim Nachweis der Rückkehrwilligkeit sehen wir nicht."

Hannelore Roedel, MdB, CSU
„Eine unionsgeführte Bundesregierung würde neue Schwerpunkte in der Visa-Praxis setzen. Statt falscher Freizügigkeit für Frauenhändler und Schwarzarbeiter sollte Deutschland ein offenes Land für katholische Partnerorganisationen sein. Zu welch eindrucksvollen Begegnungen dies führen kann, hat uns der erfolgreiche Weltjugendtag in Köln eindrucksvoll vor Augen geführt."

Peter Falk, Bundestagskandidat, SPD
„Ihre Bedenken zur Visavergabe teile ich. Ich wurde gerade in meinem Wahlkreis von einem ungeheuer bürokratischen Fall einer langen zurückgehaltenen Visavergabe aus dem südamerikanischen Raum konfrontiert. Wir brauchen daher eine zügige rechtssichere Bearbeitungsweise und möglicherweise Ausnahmeregelungen für internationale Delegationen."

Günter Gloser, MdB, Europapolitischer Sprecher der SPD
„... Seit Herbst 2004 erfolgt die Visumsvergabe an deutschen Botschaften auf Grundlage des so genannten Chrobog-Erlasses. Dieser setzt die europarechtlichen Maßgaben und Anforderungen um, die an die Vergabe von Visa an deutschen Auslandvertretungen einzuhalten sind. Wir setzen und dafür ein, das dieses Verfahren unserem Anspruch an ein gastfreundliches Deutschland gerecht wird. Dazu haben wir ein wachsames Auge auf die konkrete Vergabepraxis."

Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
„Es trifft zu, dass die restriktive Visavergabe deutscher Behörden gerade im Zusammenhang mit dem Weltjugendtag kritisiert wurde. Betroffen waren vor allem Jugendliche aus Kamerun, Nigeria, den Philippinen und Togo. Dennoch möchte selbst Kardinal Lehman nicht von einem „Skandal" sprechen. Ich habe aber Verständnis für Ihr Anliegen und schlage vor, für dieses Problem das Fachgespräch mit den Innenpolitikern meiner Fraktion zu suchen, um Lösungswege zu erarbeiten."

Marlene Rupprecht, MdB, Kinderbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion
„Gerde die aktuellen Ereignisse um den katholischen Weltjugendtag haben mich zu der Überzeugung gebracht, dass eine Überprüfung der Vergabepraxis – vor allem für Veranstaltungen wir den Weltjugendtag – erfolgen muss. Auch wenn das Auswärtige Amt die Verweigerung vieler Visumsanträge begründet hat, hätte sicher manche Entscheidung anders ausfallen können."

Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, SPD
„Die Erteilung von Visa sind stets Einzelfallentscheidungen der Konsulate. Diese müssen abwägen zwischen jugendpolitisch gewünschten barrierefreien Begegnungen einerseits und dem gesetzlich verankerten Schutz von illegaler Zuwanderung andererseits. Ferner sind die spezifischen EU-Vorgaben aus dem Schengen-Abkommen zu berücksichtigen. Leider ist immer wieder Missbrauch von Besuchsvisa zum illegalen Aufenthalt zu verzeichnen. Dies wurde jüngst im Zusammenhang mit dem Weltjugendtag bestätigt. Ich bitte daher um Verständnis für die strengeren Regularien, die bei der Erteilung von Besuchsvisa angelegt werden. Wir stimmen uns derzeit mit dem Auswärtigen Amt ab und wollen mit zielgerichteten Informationen an deutsche Träger einerseits und die Konsulate andererseits die Entscheidungen bei der Visa-Vergabe erleichtern."

Walter Kolbow, MdB, SPD
„Ich bedaure, dass die Partner der KLJB aus dem Senegal 2005 kein Visum für einen Deutschlandbesuch erhalten haben. Die genauen Gründe für die Ablehnung kenne ich nicht, aber ich bin der Überzeugung, dass Partnerschaften wie die der KLJB auch weiterhin stattfinden können und müssen. Gerade die aktuellen Ereignisse um den Weltjugendtag in Köln haben deutlich gemacht, wie wichtig es ist,

dass uns junge Menschen besuchen kommen. Wir stehen dafür, dass Deutschland ein gastfreundschaftliches Land ist und bleibt. Wir setzen uns ein für Völkerverständigung und dass Menschen aus der ganzen Welt zu uns kommen. Beim diözesanen Begegnungstag in Würzburg wurde mir auf Nachfrage von Mitgliedern des Domkapitels versichert, dass es bei der Visa-Erteilung zum Weltjugendtag insgesamt nur wenige Probleme gab.

Jörg Rohde, Bezirksvorsitzender der FDP Mittelfranken, Wahlkreis Erlangen
„Derzeit setzt das Außenministerium die Prioritäten falsch. Eine Prüfung der Visa muss natürlich sein, aber wir sollten unsere deutschen Grenzen gerade für den Jugendaustausch öffnen. Ich werde Sie gerne beim Vorbringen Ihres Anliegens im Außenministerium unterstützen."

Marianne Schieder, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, SPD
„Ehrlich gesagt befürchte ich, dass es nach dem Spektakel um die sogenannte Visaaffäre schwer sein wird, hier wieder Erleichterungen in der Vergabepraxis zu erreichen. Gerne bin ich aber bereit, mich persönlich für euer Anliegen einzusetzen und z.B. ein Gespräch im Außenministerium zu vermitteln."

Hans Raidel, MdB, CDU/CSU
„... Erkenntnisse aus der Arbeit des Visa-Untersuchungsausschusses belegen die Notwendigkeit einer zielgenauen Visa-Vergabe, die Sicherheitsrisiken so weit wie möglich ausschaltet und zugleich auch den wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Interessen unseres Landes Rechnung trägt. Im Einzelfall muss im Vorfeld den jeweiligen Botschaften die Notwendigkeit eines positiven Bescheides verdeutlicht werden."

Karl-Theodor Frhr. zu Guttenberg, CDU/CSU
„Wie jüngst der Weltjugendtag in Köln gezeigt hat, ist Globalisierung weit mehr als ein ökonomisches Phänomen. Durch die heutigen Reisemöglichkeiten entstehen Beziehungen in einer nie da gewesenen Unabhängigkeit von Distanzen und Grenzen. Um der Vision einer friedlichen Weltordnung näher zu kommen, wird die Union den kulturellen Austausch weiterhin unterstützen. ... Damit massenhafter Visa-Missbrauch und seine Konsequenzen wie z.B. Schleuserkriminalität wirksam eingedämmt werden können, fordern CDU und CSU eine Visa-Politik und eine Visa-Praxis, die im Einklang mit Recht und Gesetz steht. Politischen Handlungsbedarf zur Lockerung der gesetzlichen Regeln, wie etwa beim Nachweis der Rückkehrwilligkeit, sehen wir nicht."

Position der KLJB Bayern
6. Förderung der Jugendarbeit – KJHG
Für uns ist Jugendarbeit – insbesondere verbandliche Jugendarbeit als selbstorganisierte und demokratisch strukturierte Form von Jugendarbeit – ein ganz wesentlicher Beitrag zur Bildung junger Menschen, die nicht nur in Schule und Hochschule ihren Platz hat, sondern ganz wesentlich die außerschulische Bildungsarbeit braucht. Wir fordern daher, dass die Jugendarbeit weiterhin eine verlässliche Förderung durch den Bund erhält und durch das KJHG weiterhin klare und einheitliche Standards und Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit gewährleistet werden.

Dr. Max Stadler, MdB, FDP, im Namen der Fraktion
„Ihre Forderungen zur bundeszentralen Zuständigkeit für die Kinder- und Jugendhilfe kann ich teilen. Die konkurrierende Gesetzgebung hat sich aus Sich der FDP-Bundestagsfraktion grundsätzlich für die Kinder- und Jugendhilfe bewährt, zum Nutzen von Kindern und Eltern. Wir wollen deshalb, dass bundesrechtliche Regelungen als Mindestgarantie, auch bezüglich des Leistungsumfangs, künftig erhalten und weiterentwickelt werden. ... Allerdings sollten aus Sicht der Liberalen Verfahrens- und Organisationsregelungen künftig stärker in die Länderkompetenz fallen. Der Bund muss sich noch stärker auf die Festlegung der Ziele und Mindeststandards, das WAS, beschränken. Die Ausgestaltung, das WIE, und eine bewusste Standardüberschreitung müssen aber den Ländern und Kommunen überlassen werden, damit den Erfordernissen vor Ort Rechnung getragen werden kann."

Jerzy Montag, MdB, rechtspolitischer Sprecher, Bündnis 90/Die Grünen
„Bündnis 90/Die Grünen haben sich gemeinsam mit vielen Jugendhilfeaktionen energisch und mit Erfolg für die Beibehaltung des KJHG als Bundesgesetz eingesetzt. Das KJHG hat sich im Grundsatz bewährt. Der Bund muss eine Steuerungskompetenz in diesem Bereich beibehalten und sollte auch künftig die vernünftigen und notwendigen Rahmenstandards setzen können. ..."

Maria Eichhorn, MdB, CDU/CSU
„... Deshalb ist eine institutionelle Förderung der Jugendarbeit, insbesondere in den neuen Bundesländern, auch in Zukunft unverzichtbar. Projektförderung ist in vielen Bereichen der Kinder- und Jugendarbeit notwendig und eine sinnvolle Ergänzung der institutionellen Förderung. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat sich die Beibehaltung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes als Bundesgesetz und damit für eine Bundeszuständigkeit in der Kinder- und Jugendhilfe stark gemacht. Die Union befürwortet auch den Ausbau des Kinder- und Jugendplans im Rahmen der budgetären Möglichkeiten. Die Vertreter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben sich in den Haushaltberatungen gegen Kürzungen des KJP oder unsachgemäße Umschichtungen innerhalb des KJP gestellt."

Angelika Graf, MdB, SPD
„Die Jugendverbände leisten mit ihrer Arbeit einen wertvollen Beitrag in unserer Gesellschaft. Die SPD-geführte Bundesregierung unterstützt die Jugendverbände im Jahr 2005 daher mit insgesamt 13,92 Millionen Euro. Mit der Aufstockung der Mittel für die Freiwilligendienst um eine Millionen Euro auf 16,225 Millionen Euro können 2005 rund 1000 Plätze zusätzlich finanziert werden. Wir stärken damit die Bürgergesellschaft und motivieren junge Menschen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Vor Ort setze ich mich zudem ganz konkret für generationen-übergreifende Projekte ein, um Jung und Alt voneinander profitieren zu lassen. Eine weitere Förderung der Jugendarbeit auf jetzigem Niveau ist meines Erachtens unter CDU/CSU-Führung fraglich. Denn keine Landesregierung in Niedersachsen hat die Mittel im Bereich Jugendhilfe und Jugendarbeit derart gekürzt, wie die unter der Sozialministerin Ursula von der Leyen, die von der Union als neue Familienministerin gehandelt wird."

Claudia Roth, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
„Als Beispiel für unseren Einsatz im Bereich der Förderung der Jugendarbeit lassen sich vielfältige Beispiele finden. Ein Beispiel ist dabei erwähnt: der Erhalt der Jugendbildungsstätte Babenhausen für den wir gestritten haben und weiter streiten werden. Jugendarbeit und –bildung ist wichtig – so wichtig nicht nur darüber zu reden, sondern vor Ort sich von ihren Erhalt einzusetzen."

Dr. Hannedore Nowotny, SPD
"… Mit dem Wunsch nach einer weiterhin verlässlichen Förderung der Jugendarbeit "rennen Sie bei mir offene Türen ein". ...."

Johannes Singhammer, MdB, Wahlkreis München-Nord, CDU/CSU
„Ich halte Jugendarbeit für wichtig und dementsprechend auch die finanzielle Förderung. ..."

Stadträtin Brigitte Meier, SPD
„Das KJHG soll auf Bundesebene verankert bleiben, denn einheitliche Vorgaben und Förderungssummen für das gesamte Bundesgebiet sind wichtig, ansonsten ist die Jugendarbeit von der Kassenlage vor Ort abhängig. Ich werde mich im Bundestag dafür einsetzen, dass gerade in der Jugendarbeit ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden."

Alois Karl, Oberbürgermeister Neumarkt, CSU
„Tatsache ist, dass wir in Deutschland seit vielen Jahren über unsere Verhältnisse leben. Die Zeche werden Sie und Ihre Nachkommen in Form von Zinsen, Tilgungen und unterbliebenen Zukunftsinvestitionen „zahlen" müssen. Für mich steht daher die nachhaltige Entschuldung der öffentlichen Haushalte weit oben auf der politischen Agenda meines künftigen Handelns. Zugleich möchte ich betonen, dass ich der verbandlichen Jugendarbeit einen erheblichen Stellenwert zuordne. Aber ich würde es für unredlich halten, Ihnen ohne wirklich fundierte Kenntnis der Staatsfinanzen zuzusagen, dass es bei der außerschulischen Bildungsarbeit künftig zu keinen Änderungen kommen wird. Was ich Ihnen zusagen kann, ist bei den absehbaren Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung eine gründliche Abwägung, wenn es um die künftige Unterstützung der Jugendarbeit durch den Bund gehen wird. ..."

Helga Koch, Stellv. Unterbezirksvorsitzende und Bundestagskandidatin, SPD
„... Wie Eingangs schon erwähnt steht eine engagierte Jugendarbeit ganz oben auf meiner Prioritätenliste. Eine verbandliche Jugendarbeit, selbstorganisiert und demokratisch strukturiert, kann unserer Gesellschaft nur gut tun. Auch der Forderung nach einer verlässlichen Förderung durch den Bund kann ich mich anschließen. Mir ist bis jetzt aber nur bekannt, das der Freistaat Bayern die Fördermittel für die Jugendarbeit gekürzt hat. Die Bayerische Staatskanzlei hat mehr Beschäftigte als das Weiße Haus, kürzt aber die Mittel für die Jugendarbeit. Unverständlich, mehr noch: Unverantwortlich!"

Ursula Sowa, MdB, Bündnis 90/ Die Grünen
„Mit dem KICK (Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe) haben wir die Kinder- und Jugendhilfe vor dem Kahlschlag durch die Union gerettet. Durch dieses Gesetz sollen junge Menschen und ihre Familien auch in Zukunft die geeigneten und notwendigen Leistungen erhalten. Gleichzeitig werden durch die Steigerung der Zielgenauigkeit und Effizienz der Listungen die kommunalen Haushalte entlastet. .... Daher wollen wir die Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit und die Jugendfreiwilligendienste ausbauen und unterstützen."

Dirk Ottmann, CDU
„... Ziel unserer Jugendpolitik ist es, die junge Generation zu befähigen, selbständig und eigenverantwortlich zu handeln, Pflichten zu übernehmen und Rechte wahrzunehmen, das Leben als Chance zu begreifen und einen Platz in Gesellschaft und Beruf zu finden. Die Jugendarbeit der Katholischen Landjugend leistet hierbei einen großen Beitrag. Diese Leistung wird auch in Zukunft von Seiten von CSU und CDU anerkannt und unterstützt."

Hannelore Roedel, MdB, CSU
„Ich halte Jugendarbeit für wichtig und dementsprechend auch die finanzielle Förderung. Ziel einer verantwortungsvollen Jugendarbeit sollte es sein den jungen Menschen klar zu machen, was nicht immer erfolgreich gelingt: Wir in Deutschland sind eine Schicksalsgemeinschaft. Wenn es auf Dauer eine Gruppe, zum Beispiel der wachsenden Zahl der Arbeitslosen, immer schlechter geht, wird auch der andere Teil, der jetzt noch über Jobs und Geld verfügt, früher oder später darunter leiden."

Peter Falk, Bundestagskandidat, SPD
„Im Rahmen der Föderalismusdiskussion war die Zuständigkeit für Jugendhilfe fraglich. Meine Position ist klar: Ich bin für eine Bundeszuständigkeit, da nur so einheitliche und gute Standards gesichert sein können. Mit Sorge sehe ich die Herangehensweise vieler Landkreise in Bayern, die Jugendhilfe zum zentralen Sparopfer zu machen. Dies ist in den meisten Fällen zur Sicherung der Haushalte unnötig und verhindert nur eine vernünftige individuelle wie allgemeine Präventionsarbeit. Als Jugendrichter glaube ich hier einigen Einblick zu haben."

Petra Ernstberger, MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
„Damit Jugendarbeit nicht von Kassenlage vor Ort abhängig ist, sind einheitliche Vorgaben und Förderungssummen für das gesamte Bundesgebiet wichtig. Aus diesem Grund soll das KJHG auf Bundesebene verankert bleiben. Im Bundestag werde ich mich dafür einsetzen, dass in der Jugendarbeit ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Eine Sozialpolitik nach Kassenlage wird es mit der SPD nicht geben."

Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, SPD
„... Darüber hinaus wollen wir, dass keine Jugendliche und kein Jugendlicher sein Arbeitsleben mit Arbeitslosigkeit beginnen muss. Deswegen haben wir dafür gesorgt, dass die Arbeitsvermittler besonders viel Zeit und Mühe auf Jugendliche verwenden und sich künftig um nur noch 75 jugendliche Erwerbslose intensiv kümmern zu müssen, statt wie bisher um 400. Unser Ziel bleibt: Kein junger Mensch unter 25 Jahren soll länger als 3 Monate ohne Arbeit, Ausbildung oder weiterführende Beschäftigung sein."

Walter Kolbow, MdB, SPD
„Ich halte Jugendarbeit, egal in welcher Form, für einen wichtigen Bestandteil unserer Gesellschaft. Jugendarbeit trägt dazu bei, junge Menschen zu bilden und zu fördern. Es ist mir wichtig, dass sich junge Menschen in unsere Gesellschaft engagieren und ihre Ideen und Vorstellungen einbringen können. Trotz angespannter Haushaltslage hat die SPD-geführte Bundesregierung die Zuwendungen für die auf Bundesebene tätigen Jugendverbände im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfeplans des Bundes nicht gekürzt und dies gilt auch für die Zukunft. ..."

Marianne Schieder, stellv. Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport, SPD
„Wie bisher als Landtagsabgeordnete werde ich mich auch als Abgeordnete des Bundestags mit aller Kraft für die Interessen und Anliegen der Jugendarbeit einsetzen und speziell auch dafür, dass es auch in Zukunft eine verlässliche Förderung durch den Bund gibt sowie durch das KJHG weiterhin klare und einheitliche Standards und Rahmenbedingungen für die Jugendarbeit gewährleistet werden."